

Hallo,

in meinem Redebeitrag soll es um Erwerbslosigkeit und Arbeitsmigration aus den europäischen Krisenländern und dem Widerstand dagegen gehen.

Mit Hilfe von Kürzungs- und Privatisierungspolitik möchte die Troika aus EZB, IWF und Europäischer Union die Schuldenkrise in den südlichen Ländern des Kontinents in den Griff bekommen. Die Folge ist nicht die prophezeite Entspannung der Situation für die staatlichen Finanzen und für die Menschen in diesen Ländern, sondern ein Rückgang der Wirtschaftsleistung und eine damit verbundene drastische Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Sie liegt in diesen Ländern für deutsche Verhältnisse extrem hoch, doch die Jugendarbeitslosigkeit von über 60% ist katastrophal.

Ich komme von der Erwerbsloseninitiative BASTA! die sich in diesem Land, in dieser Stadt, im Wedding, mit Erwerbslosigkeit als notwendiger Begleiterscheinung kapitalistischen Wirtschaftens beschäftigt. Wir machen zweimal in der Woche mittwochs von 10 – 13 und donnerstags von 15 – 18 im Hausprojekt in der Schererstraße 8 Sozialberatung zum Arbeitslosengeld 2 und begleiten zum Jobcenter. Doch wollen wir mit unserer Arbeit nicht Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein und Symptome bekämpfen. Der Ausweg aus dem Kreislauf aus Arbeitslosigkeit und Armut liegt nur in der Veränderung des ineffektiven und inhumanen kapitalistischen Systems. Diejenigen, die ein wirkliches Interesse an Veränderung haben sind die, für die es unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Perspektive auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände gibt. Basisorganisation sehen wir als Mittel für das Entstehen einer authentischen politischen Kraft, die in der Lage ist, Dinge zu verändern und nicht nur gegen sie zu protestieren.

Letztens waren wir in Berlin bei einer Veranstaltung von Vertretern eines selbstverwalteten Arbeitslosenzentrums im griechischen Perama. Wir waren schockiert von den Lebensumständen des Großteils der Bevölkerung, von den Auswirkungen der Sparpolitik des Staates im Gesundheits- und Bildungsbereich. Erstaunt waren wir von den ähnlichen Lösungsansätzen, die wir in Berlin diskutieren und die unter viel schlechteren Bedingungen in Griechenland dieselbe Aktualität haben.

Doch die drastischen Folgen der Krise sind nicht weit weg. Sie sind in Form von Arbeitsmigration mitten unter uns. Wir müssen gar nicht von den osteuropäischen Arbeitern und Arbeiterinnen reden, die schon vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, getrennt von ihren Familien, unter schlechten Arbeitsbedingungen, für wenig Geld im reichen Nordeuropa arbeiten.

Seit Ausbruch der Schuldenkrise kommen immer mehr junge Menschen auch aus den Süd- und Südwesteuropäischen Ländern, um der Perspektivlosigkeit zu entfliehen. Was sie finden sind keine auskömmlichen Jobs, die es trotz und wegen der Agenda 2010 nicht gibt, sondern unsichere Arbeitsverhältnisse im schlecht bezahlten Dienstleistungssektor.

Wenn das Geld zum Leben nicht reicht oder man durch noch billigere Arbeitskräfte ausgetauscht wird, steht man mittellos in einem fremden Land.

Die EU und allen voran die deutsche Regierung will diese flexibilisierten Menschen, die auf der Suche nach einem halbwegs erträglichen Leben in jedem europäischen Land arbeiten sollen. Was die EU und die deutsche Regierung nicht möchte, ist, ihnen ein Mindestmaß an sozialer Sicherung zu zugestehen.

Das Gesetz zum Arbeitslosengeld² sah, für sich genommen, de facto den Ausschluss ausländischer Arbeitskräfte vor. Doch dem standen ältere europäische Verträge noch aus der Zeit der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, sowie ein Gleichheitsgrundsatz für EU-Bürger entgegen. Als abzusehen war, dass die Arbeitsmigration nach Deutschland größere Ausmaße annehmen würde, sah sich die Bundesregierung veranlasst zu handeln, und kündigte einseitig Vereinbarungen, die das wechselseitige Gewähren von Sozialleistungen für Bürger anderer EU-Staaten vorsah.

Die von uns angebotene Sozialberatung im Wedding war eigentlich als Ausgangspunkt einer Basisorganisation für im Stadtteil lebende Menschen gedacht. Seit Ausbruch der Schuldenkrise in Südeuropa kommen aber immer mehr junge Arbeitsmigranten zu uns und suchen Hilfe bei der Beantragung und Durchsetzung von Arbeitslosengeld²-Ansprüchen beim Jobcenter. Damit wurden unsere abstrakten Vorstellungen von Krisenauswirkungen sehr konkret und wir erhielten Einblicke in die Arbeits- und Lebensbedingung der Betroffenen. So im Fall der Beschäftigten des Amadeus-Hostels, die für Hungerlöhne, zu jeder Tages- und Nachtzeit auf Abruf, wenn überhaupt ausgerüstet mit Praktikumsverträgen in der Berliner Tourismusbranche ausgebeutet wurden. Als ihr Chef ihnen nicht mal mehr, die schwerlich als Lohn zu bezeichnenden Beträge zahlen wollte, versuchten sie Arbeitslosengeld² zu beantragen und wurde so auf unsere Beratung aufmerksam. Sie wollten aber nicht nur leise für sich eine Lösung finden, sondern die Zustände als Gruppe öffentlich machen. Wir konnten sie dabei unterstützen, haben beim Ausfüllen der Anträge geholfen und sie zum Jobcenter begleitet. Wir haben ihnen einen Raum zur Verfügung gestellt, mit ihnen Kontakte zu Gewerkschaften, dem DGB und der FAU, hergestellt für die Durchsetzung ihre arbeitsrechtlichen Interessen und gemeinsam eine Kundgebung vor ihrer ehemalige Arbeitsstelle organisiert. Wir stehen weiterhin in Verbindung und möchte mit ihnen eine zusätzlich Sozialberatung für die immer größer werdende Zahl von Arbeitsmigranten aufbauen.

Wir von BASTA! sehen das als eine konkrete und praktische Form von Basisorganisation, die erwerbslosen Menschen politisches Handeln ermöglicht.

Solidarisch versuchen wir, das Recht auf Sozialleistungen für jeden in dieses Land kommenden Menschen durchzusetzen und durch eine langfristige politische Organisation kapitalistische Verhältnisse zu verändern.